



## **Demokratien in Bedrängnis: Wie kann autoritären Entwicklungen Einhalt geboten werden?**

---

### **(III): Zivilgesellschaft**

#### *Arbeitskreis junger Außenpolitiker*

- › Zur globalen Erosion der Demokratie gehören die Einschränkungen von Zivilgesellschaften, ihrer NGOs und politischer Parteien.
- › Das Ziel der Bundesregierung muss es sein, die klassische Demokratieförderung wieder in den Fokus zu rücken. Dazu müssen zivilgesellschaftliche Akteure in bedrängten Demokratien durch die deutsche Politik unterstützt werden.
- › Klassische Demokratieförderung setzt entscheidend auf die materielle Verbesserung der Input-Legitimation demokratischer Systeme, statt auf Effizienzsteigerung bei der Output-Legitimation wie es die Governance-Förderung tut.
- › Die wichtigsten Akteure, derer sich die Bundesregierung zur Stärkung von Zivilgesellschaften bedienen kann sind – neben den Botschaften – die weltanschaulich geprägten Mittlerorganisationen, wie vor allem die politischen Stiftungen und staatliche Durchführungsorganisationen wie das Goethe-Institut, der DAAD oder die GIZ, die auf unterschiedlichen Ebenen zivilgesellschaftliche Akteure unterstützen.

## Inhaltsverzeichnis

Hintergrund.....	2
Herausforderungen.....	2
Zurück zur klassischen Demokratieförderung.....	3
Handlungsempfehlungen.....	5
Impressum .....	9

## Hintergrund

Weltweit werden offene Gesellschaften durch antiliberalen Entwicklungen im Inneren und autoritäre Kräfte von außen herausgefordert. Oftmals ist die Folge ein *democratic backsliding*, wie es beispielsweise der *Democracy Index* des *Economist* verzeichnet. Auch nehmen die Hybridformen zwischen Demokratie und Autoritarismus zu, gerade weil ein autoritärer Politikstil häufig nicht gleichbedeutend mit antidemokratischen Maßnahmen ist – und umgekehrt. Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich die Frage, ob und vor allen Dingen wie der politische Westen, der selber nicht frei ist von inneren Fliehkräften, seine Außenpolitik weiterhin auf die Förderung demokratischer Prinzipien und Strukturen ausrichten sollte.

Der Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung macht in drei zusammenhängenden Papieren Vorschläge, wie die deutsche Politik auf autoritäre Entwicklungen in unterschiedlichen Handlungsfeldern reagieren soll. Deutschland pflegt den Anspruch einer wertegeleiteten Außenpolitik und hat ein Interesse an der Festigung der liberalen internationalen Ordnung, die im Kern ein demokratisches Projekt ist. Daher muss auch Deutschland in der Auseinandersetzung mit autoritären Kräften die Ziele, Mittel und Wirkungen seiner Politik genauer in den Blick nehmen.

In dem vorliegenden Papier geht es um die Zivilgesellschaft als vielgestaltigen Akteur, der autoritären Entwicklungen Einhalt zu gebieten vermag. Die beiden weiteren Papiere befassen sich mit Sicherheitspolitik sowie Außenwirtschaftspolitik als Handlungsfelder vor allem der Bundesregierung, in denen autoritäre Erscheinungen zurückgedrängt werden können.

## Herausforderungen

Zur globalen Erosion der Demokratie gehört ganz zentral auch die Einschränkung der Aktivitäten von Zivilgesellschaften, ihrer Nichtregierungsorganisationen und der in ihr verwurzelten politischen Parteien, die als *shrinking spaces* bezeichnet werden und inzwischen zu einem globalen Trend geworden sind, der nicht nur in autoritär geführten Staaten zu beobachten ist. 2016 wiesen 67 Staaten Rückschritte im Bereich politischer Freiheiten auf, während in nur 36 Staaten in diesem Bereich Fortschritte verzeichnet werden konnten. Laut Freedom House sind es insbesondere die Staaten, die bislang als „freiheitliche Staaten“ eingestuft wurden, die zunehmend Aktivitäten von Zivilgesellschaften einschränken. Das Schrumpfen von Räumen demokratischer Beteiligung scheint also nicht lediglich Ausdruck eines autoritären Internationalismus oder der *democracy prevention* zu sein, die große autoritäre Mächte vorwiegend in ihren Weltregionen verfolgen. Die freiheitliche Demokratie scheint auch in Teilen des Westens selbst unter Druck geraten zu sein.

*Shrinking spaces* sind zu einem globalen Trend geworden.

Mit Regularien zur Registrierung, Betätigung und Finanzierung werden Nichtregierungsorganisationen, die sich für eine Stärkung der Zivilgesellschaft einsetzen, in ihrer Arbeitsweise

zum Teil erheblich eingeschränkt. Dasselbe gilt für Medien, Hochschulen und natürlich für politische Parteien, die ihre Wurzeln in der Zivilgesellschaft haben. Gesetze, wonach Nichtregierungsorganisationen, die als politisch wahrgenommenen Tätigkeiten nachgehen und Finanzierung aus dem Ausland erhalten, als „ausländische Agenten“ gekennzeichnet werden müssen, zielen darauf ab, zivilgesellschaftliche Akteure bewusst zu stigmatisieren und von deren Zielgruppen zu entfernen. Diese Maßnahmen sind oftmals Teil eines Instrumentenkatalogs, der von regulativen Hürden, gezielter Diffamierung bis hin zu Kriminalisierung und staatlicher Willkür reicht – etwa bei Verhaftung, Ausweisung und Büroschließungen.

Diese Strategien zur Einschränkung der Wirkungsreichweite zivilgesellschaftlicher Organisationen werden inzwischen unter großer internationaler Aufmerksamkeit potentieller Nachahmer von wirtschaftlich (und damit politisch) einflussreichen Staaten genutzt: Mit Russland, China und Saudi-Arabien sind inzwischen drei nichtdemokratische Staaten Teil der G20, die mittels ihrer Position in der Weltwirtschaft großen Einfluss auf die Gestaltung internationaler Politik und globaler Regierungsführung nehmen – aber auch den globalen Diskurs zu Zivilgesellschaft und Menschenrechten beeinflussen. Der Appell aus dem Westen zur Wahrung zivilgesellschaftlicher Freiheiten und der Beachtung von Menschenrechten wird von den autoritären Regimen vermehrt als Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten kritisiert und unter Verweis auf die eigene staatliche Souveränität abgelehnt. Gleichzeitig kritisieren diese einen „doppelten Standard“ in der westlichen Menschenrechtspolitik, wonach die Kritik je nach Enge der Beziehungen der Staaten zueinander unterschiedlich deutlich ausfällt: Der Westen würde nur dort auf Menschenrechte und freiheitliche Demokratie pochen, wo er selbst keine wirtschaftlichen Interessen habe.

Es ist eine Professionalisierung der autoritären *democracy prevention* zu erkennen: Nachahmereffekte werden von autoritären Staaten gezielt gefördert, nicht zuletzt durch gegenseitige Beratung hinsichtlich technischer oder legislativer Vorgehensweisen zur Einschränkung von zivilgesellschaftlichen Akteuren und politischen Parteien. Diese Entwicklung stellt eine erhebliche Bedrohung demokratischer Freiheiten nicht nur in den betroffenen Staaten dar. Dies gilt auch für die europäischen Staaten, deren freiheitlicher zivilgesellschaftlicher Wertekanon durch das Aufkommen von rechtspopulistischen Bewegungen zunehmend infrage gestellt wird.

In liberalen Demokratien kommt der Zivilgesellschaft eine zentrale systemerhaltende Funktion als Entfaltungsraum politischer Ideen und Konzepte zu, die im freien Wettbewerb um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit buhlen. Ihre Akteure sind als *watchdogs* für die Qualität der Demokratie von fundamentaler Bedeutung, etwa wenn sie bei Verstößen gegen zentrale Normen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im eigenen Land oder im Ausland berichten und dagegen politisch Druck aufbauen – dasselbe gilt für politische Parteien und die Medien. Nicht umsonst waren in Staaten wie Polen, Tunesien oder der Ukraine zivilgesellschaftliche Gruppen die Speerspitze des politischen Systemwechsels.

## Zurück zur klassischen Demokratieförderung

Das vordringliche Ziel für die Bundesregierung muss demnach sein, die klassische Demokratieförderung wieder stärker in den Vordergrund ihres außenpolitischen Handelns zu stellen. Gemeint ist dabei, dass es nicht ausreicht, wenn Demokratieförderung in einer eher wertefreien *Governance*-Förderung aufgeht, zum Beispiel mit dem Ziel, Ineffizienzen und Korruption in den staatlichen Organen zu bekämpfen, um das Verwaltungshandeln zu verbessern (sog. *Outputs* politischer Systeme); stattdessen sollte der Fokus wieder auf die klassische wertegebundene Demokratieförderung gelegt werden, also die aktive Förderung

Nichtregierungsorganisationen werden durch verschiedene Methoden in ihrer Arbeit eingeschränkt.

Nichtdemokratische Staaten gewinnen zunehmend Einfluss auf die Gestaltung internationaler Politik.

Autoritäre Staaten werfen dem Westen „doppelte Standards“ in ihrer Menschenrechtspolitik vor.

Eine Professionalisierung der autoritären *democracy prevention* ist zu erkennen.

Deutschland muss klassische Demokratieförderung wieder stärker in den Vordergrund stellen.

und Verteidigung der materiellen Kernprinzipien eines funktionsfähigen demokratischen Prozesses (der sog. *Input* bei politischen Systemen).

Natürlich dürfen *Governance*-Förderung und klassische, materielle Demokratieförderung nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vor allem in Kontexten fragiler Staatlichkeit können Demokratien nur dann überleben, wenn sie ihre Politiken auch umsetzen können. So wichtig die entwicklungsorientierte *Governance*-Förderung also ist, so bleibt aus demokratieorientierter Perspektive dennoch der Befund, dass sie zum Ziel, freiheitliche und demokratische Strukturen zu stärken, nur indirekt beiträgt. *Governance*-Förderung ohne materielle Demokratieförderung kann dieses Ziel mitunter gar konterkarieren: dann nämlich, wenn mit der Förderung leistungsfähiger staatlicher Institutionen autoritäre Regime in ihrer Output-Legitimation und also ihrer Robustheit noch gestärkt werden. Klassische Demokratieförderung setzt dagegen entscheidend auf die Input-Legitimation durch freie und faire Wahlen und Mehrparteienwettbewerb unter freiheitlichen Bedingungen. Das macht ihren Wert aus, der nicht aufgegeben werden darf. Um nachhaltig erfolgreich zu sein, müssen aber beide Förderarten stärker so verstanden und ausgestaltet werden, dass sie komplementär zueinander funktionieren und sich gegenseitig in ihrer Wirkung verstärken.

Klassische, materielle Demokratieförderung wieder stärker ins Zentrum zu stellen, verlangt dreierlei: Es verlangt *erstens*, dass Akteure der materiellen Demokratieförderung wie Nichtregierungsorganisationen und politische Stiftungen in Deutschland sich ihres Kernauftrags wieder stärker bewusst werden. Ihre weltanschauliche Bindung unterscheidet sie von eher technisch oder humanitär ausgerichteten, in diesem Sinne stärker apolitischen, Akteuren. Es geht um eine bewusstere Arbeitsteilung: Die Effizienz des Verwaltungshandeln zu verbessern kann die Hauptaufgabe der GIZ sein, während die Auslandsbüros einer politischen Stiftung dann den Fokus ihrer Arbeit darauf ausrichten können, den Kernbestand demokratischer Werte, Strukturen und Prinzipien zu fördern und diese gemeinsam mit lokalen Akteuren zu verteidigen: Menschenrechte, Pressefreiheit, Zivilgesellschaft, Rechtsstaatlichkeit, eine unabhängige Justiz – sowie der freie Wettbewerb zwischen professionellen politischen Parteien.

Nichtregierungsorganisationen, politische Stiftungen, und andere zivilgesellschaftliche Akteure der deutschen Demokratieförderung sollten *zweitens*, stärkeren Gebrauch von ihrer „Beinfreiheit“ vor Ort machen. Denn davon haben sie deutlich mehr als andere Akteure – beispielsweise Botschaften. Diplomaten müssen ihre Kritik an demokratischen Missständen im Gastland naturgemäß vorsichtig formulieren und wissen, dass offizielle Treffen mit unterdrückten Minderheiten oder Oppositionellen starke Symbolwirkung entfalten, die den bilateralen Beziehungen schnell schaden können. Das befreit diplomatische Vertretungen nicht von ihrem demokratiepolitischen Auftrag, doch müssen sie deren Auswirkungen auf andere Politikfelder stärker in den Blick nehmen als zivilgesellschaftliche Akteure. Klassische Demokratieförderung verlangt vielmehr, dass Nichtregierungsorganisationen, politische Stiftungen und andere Akteure die eingangs erwähnten *shrinking spaces*, also die Räume, in denen Pressefreiheit, Minderheitenschutz und Zivilgesellschaft in und außerhalb Europas zunehmend eingeschränkt werden, weiterhin mutig besetzen – sowohl zuhause als auch im Ausland. Dazu brauchen sie weiter die aktive Unterstützung und Rückendeckung der Bundesregierung.

*Drittens* bedeutet eine Priorisierung der klassischen Demokratieförderung keine *one-size-fits-all*-Lösungen. In stark autoritären Staaten sind andere Mittel der Demokratieförderung nötig als in illiberalen Demokratien. So kann die Förderung der Output-Legitimation notwendig sein, um überhaupt in autoritären Systemen arbeiten zu können und damit langfristig Öffnungen zu schaffen, die andere Mittlerorganisationen dann ausfüllen können. Auch variiert

Klassische Demokratieförderung setzt auf die Input-Legitimation.

Akteure der materiellen Demokratieförderungen müssen ihren Markenkern stärker herausstellen.

Zivilgesellschaftliche Akteure sollten stärker Gebrauch von ihrer „Beinfreiheit“ vor Ort machen.

Es gibt keine *one-size-fits-all*-Lösung.

der außenpolitische Einfluss Deutschlands je nach Zielland. Doch vor allem in Staaten, in denen (noch) eine demokratische Grundordnung herrscht, aber illiberale Entwicklungen zu verzeichnen sind und Deutschland eine entsprechende Hebelwirkung (*leverage*) besitzt, sollte die Bundesrepublik ihr außen- und entwicklungspolitisches Gewicht stärker im Sinne der Demokratieförderung in die Waagschale legen.

Auch hier gilt es zu fokussieren: In demokratischen Leuchttürmen wie Tunesien, oder in Staaten, in denen das außenpolitische Gewicht Deutschlands besonders groß ist, sollten auch demokratiefördernde Akteure ermutigt werden, die noch bestehende Bewegungsfreiheit so gut es geht auszunutzen. Denn *shrinking spaces* können auch wieder wachsen. Dem unmittelbaren europäischen Umfeld sowie den Anrainerstaaten kommt dabei besondere Bedeutung zu. Dies erfordert aber auch die politische Kommunikation an zivilgesellschaftliche Akteure, dass sich deutsche Auslandsvertretungen im Zweifelsfall hinter die demokratieorientierten Mittler stellen und diese politische Rolle explizit erwünscht ist.

## Handlungsempfehlungen:

### 1. Prodemokratische Gegenstrategien der Bundesregierung

Prodemokratische Gegenstrategien der Bundesregierung müssen langfristig angelegt sein und dürfen Konflikte nicht scheuen, die unvermeidbar sind. Sie müssen gesellschaftlichen Frieden, wirtschaftliche Prosperität und zivilgesellschaftliche demokratische Freiheiten als zusammengehörendes, interdependentes System verstehen und darstellen, dessen Wirksamkeit in der Bewahrung und Achtung von gesellschaftlichen Freiheitsrechten liegt.

Gleichzeitig gilt es, den kausalen Zusammenhang zwischen Freiheit und Entwicklung wieder stärker in den Vordergrund zu rücken. Die Einschränkung von Zivilgesellschaften löst gesellschaftliches Konfliktpotenzial aus, was sich negativ auf Stabilität und Entwicklung in den betroffenen Staaten auswirkt. Zivilgesellschaftliche Freiheiten sind eine Grundlage für nachhaltige Entwicklung, Frieden und Wohlstand. Vermeintliche Erfolgsmodelle, die diesen Zusammenhang in Frage stellen, machen eine aktive Demokratieförderung wichtiger denn je – um dem Oberziel deutscher und europäischer Außenpolitik auch weiterhin Geltung zu verschaffen: der Förderung von Frieden und Freiheit in der Welt zu dienen.

Die wichtigsten Akteure, derer sich Deutschland zur Förderung von Zivilgesellschaften bedient, sind die Mittler- oder Durchführungsorganisationen, die gefördert durch öffentliche Mittel im Ausland aktiv sind: Vor allem gehören dazu – neben den Botschaften – weltanschaulich geprägten Mittler, wie vor allem die politischen Stiftungen, aber auch staatliche Durchführungsorganisationen wie das Goethe-Institut, der DAAD oder die GIZ, die auf unterschiedlichen Ebenen zivilgesellschaftliche Akteure unterstützen. Insofern die Demokratieförderung als gesamtstaatliche Aufgabe betrachtet wird, kommt auch Nichtregierungsorganisationen eine wichtige Rolle zu – etwa wenn Transparency International auf die Korruption im Ausland aufmerksam macht oder wenn Amnesty International auf die Verfolgung von Minderheiten anprangert. Die internationale Arbeit dieser und anderer professioneller Agenturen der freiheitlichen Demokratie zu unterstützen, wäre ein weiteres Instrument der Bundesregierung. Dasselbe gilt für die Förderung lokaler Nichtregierungsorganisationen, aber auch der Medien, Hochschulen und politischen Parteien in den Zielländern, im Rahmen der bilateralen oder multilateralen deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Aus normativer Perspektive muss zivilgesellschaftliche Freiheit in der Demokratieförderung als Wert an sich verteidigt werden – denn sie verkörpert auf gesellschaftlicher Ebene die Selbstverwirklichung des Individuums durch politische Einflussnahme und Vereinigungsfreiheit. Diese

Der kausale Zusammenhang zwischen Freiheit und Entwicklung muss wieder in den Fokus gerückt werden.

Politische Stiftungen sind zentrale Akteure in der Förderung von Zivilgesellschaften.

Strategien müssen lokale Akteure ebenso einbinden wie transnationale Unterstützungsagenturen und internationale Organisationen. Dabei muss im In- wie im Ausland unterschieden werden nach Akteuren der humanitären Hilfe, denen der eher technischen Zusammenarbeit sowie denen der politischen Zusammenarbeit. Die ersten beiden Gruppen dienen der Förderung der freiheitlichen Demokratie nur mittelbar, der Schwerpunkt der Demokratieförderung der Bundesregierung sollte daher auf den weltanschaulich und wertorientierten Mittlern liegen.

Zivilgesellschaftliche Freiheit muss als Wert an sich verteidigt werden.

---

## 2. Eine Kommunikationsstrategie für die Demokratie

Die deutsche Bundesregierung, aber auch deutsche Nichtregierungsorganisationen und politische Stiftungen sollten gemeinsam eine Kommunikationsstrategie erarbeiten, die sehr klar hervorhebt, warum eine funktionierende Zivilgesellschaft und demokratische Strukturen allgemein essenziell und förderungswürdig sind. Zuerst sollte eine solche Strategie ein positives Narrativ formulieren, das hervorhebt, dass zivilgesellschaftliche Akteure eine Reihe von Funktionen erfüllen können, die liberale Demokratien nachhaltig bereichern: Sie regen gesellschaftliche, häufig auch kontroverse Diskurse an. Sie stärken die Resilienz und Vernetzung von Gesellschaften. Sie unterstützen den Staat häufig bei wohlfahrtsstaatlichen und sozialen Aufgaben. Medien können das Regierungshandeln beobachten und so als Vierte Gewalt kontrollieren. Universitäten verkörpern die Freiheit der Wissenschaft, auch das Regierungs- und Verwaltungshandeln kritisch zu hinterfragen. Politische Parteien organisieren die freie Willensbildung des Volkes.

Deutschland sollte gemeinsam mit NGOs eine Kommunikationsstrategie erarbeiten.

---

Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen innerhalb Deutschlands und innerhalb der EU haben unterschiedliche Fragen und unterschiedliche Bedenken, wenn es darum geht, dass Deutschland Demokratieförderung in anderen Ländern betreibt und zivilgesellschaftliche Gruppen unterstützt. Daher ist es wichtig, über das grundlegende Basis-Narrativ hinaus für jeden Einzelfall – also jedes Zielland – flexibel argumentieren und für zivilgesellschaftliche Unterstützung und Kooperation werben zu können. Kurzfristige Argumente müssen dabei genauso angebracht werden wie langfristige Visionen. Stabilisierungs- und Sicherheitsinteressen sollten gegebenenfalls genauso zur Sprache kommen wie Handels- und Wirtschaftsinteressen, deutsche Handlungsfähigkeit in multilateralen Organisationen oder der Einsatz für eine liberale, globale Ordnung. Außerdem sollte kommuniziert werden, dass deutsche Unterstützung an Zielvorgaben und Transparenzkriterien gebunden ist, die je nach Zielland und Zielgruppe variieren können. Je deutlicher die Bundesregierung, politische Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen in ihrer Kommunikationsstrategie unterstreichen, dass sie Partner gezielt auswählen, Prozesse begleiten und den Einzelfall betrachten, desto überzeugender und weniger angreifbar ihre Botschaft.

Basis-Narrativ muss um Flexibilität für jeweiliges Zielland erweitert werden.

---

Ganz besonders muss eine deutsche Kommunikationsstrategie nicht nur nach innen, sondern auch nach außen gerichtet sein. Die Bundesregierung, deutsche Nichtregierungsorganisationen und politische Stiftungen müssen in der Lage sein, beispielsweise klassische Argumente autokratischer Staats- und Regierungschefs zu entkräften, die sich pauschal gegen zivilgesellschaftliches Engagement richten. Mehr Austausch im Bildungsbereich wäre hier ein wichtiges Instrument, denn die Multiplikatorenfunktion von Lehrkräften ist unbestreitbar. Viel stärker sollte Deutschland Lehreraustauschprogramme oder Lektorate fördern, um wichtigen Multiplikatoren die Ideale einer offenen Gesellschaft näherzubringen. Es geht hier in einem umfassenden Sinne um demokratiepolitische Kommunikation, die auf den Wert und die Potenziale freiheitlicher Demokratie abstellt: *communication for democracy*.

Eine Kommunikationsstrategie muss nach innen wie nach außen gerichtet sein.

---

Um glaubwürdig argumentieren zu können, dass rechtsstaatliche demokratische Systeme auf starke, zivilgesellschaftliche Akteure angewiesen sind, sollte Deutschland jeglichen Eindruck vermeiden, dass je nach Land oder Region unterschiedliche Standards angelegt

werden in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit, freie Meinungsäußerung und den Umgang mit Minderheiten. Praktisch heißt das, dass alle deutschen Akteure sowohl im eigenen Land als auch gegenüber EU-Mitgliedsstaaten und anderen traditionell engen Partnern gegebenenfalls genauso kritisch sein müssen wie bei geographisch und politisch entfernteren Staaten – ganz nach dem Motto „*democracy promotion starts at home*“.

Deutschland sollte unabhängig vom Zielland einheitliche Standards anlegen.

---

### 3. Mehr Praxis-Austausch, mehr thematische Verknüpfung

Die klassische, materielle Demokratieförderung, oder zumindest das politische Bekenntnis der Bundesregierung zu ihr, ist in den vergangenen Jahren zu Unrecht aus der Mode gekommen. Auf Grund der Herausforderung, die erfolgreiche autoritäre Staatsmodelle für die Attraktivität des Westens darstellen, muss in Deutschland eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Förderung erfolgen, außenpolitische Unterstützung dafür eingeschlossen. Neben einem neuen Narrativ, das klar herausstellt, wie ein robuster Liberalismus in Opposition zu autoritären Modellen steht und weshalb es im Interesse Deutschlands ist, sich außenpolitisch dafür einzusetzen, sind es vor allem klarere Schwerpunktsetzungen in der Arbeit der Bundesregierung anstatt großer Richtungswechsel, die notwendig erscheinen. Dies bedeutet: Ein klares politisches Bekenntnis zur Demokratieförderung und stärkere Unterstützung vor Ort durch deutsche Auslandsvertretungen, klare Kommunikation des allgemeingültigen Anspruchs der liberalen Weltordnung und stärkeren Austausch von Demokratieförderern ermöglichen.

Statt eines großen Richtungswechsels, ist eine klare Schwerpunktsetzung notwendig.

---

Sinnvoll erscheint die Intensivierung des Austausches zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren untereinander. Dies findet im Rahmen der Netzwerkarbeit der politischen Stiftungen bereits statt, kann in demokratiefördernder Hinsicht aber noch stärker institutionalisiert werden. Die Bundesregierung sollte hierfür einen institutionellen Rahmen in Form einer Netzwerkplattform bereitstellen. Über eine solche Plattform können sich zivilgesellschaftliche Akteure stärker vernetzen, gemeinsame Problemstellungen diskutieren oder *best practices* in der programmatischen Arbeit austauschen. Klar ist, dass nicht alle zivilgesellschaftlichen Akteure die gleichen Schwerpunkte setzen, oder überhaupt an einem von Seiten der Bundesregierung unterstützten Austausch interessiert sind. Für diejenigen Organisationen aber, die sich als politische Demokratieförderer im Ausland wahrnehmen, wäre ein solch institutionalisierter Austausch eine sinnvolle Ergänzung zur häufig ad-hoc stattfindenden Zusammenarbeit vor Ort und in Deutschland.

Ein intensiverer Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren ist sinnvoll.

---

Des Weiteren erscheinen eine stärkere thematische Verknüpfung und mehr inhaltlicher Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und ihren thematischen Netzwerken sinnvoll. Im programmatischen Bereich sind vor allem die Förderung von Medien- und Pressefreiheit sowie die Intensivierung des Austausches im Bildungssektor entscheidend. So sind beispielsweise Workshops für sichere Kommunikation im Internet sowohl in autoritären als auch quasidemokratischen Staaten für Journalisten sinnvoll, um die kritische Wächterrolle freier Medien zu unterstützen. Die Förderung junger Journalisten durch Kurse zu Recherchearbeit, Dokumentation oder Quellenschutz ist nicht nur ein Mittel zum Aufbau einer freien Presse, sondern auch ein langfristiger Kapazitätenaufbau im Medienbereich: häufig gibt es mehr Spielräume als antizipiert, aber es fehlt an journalistischer Qualität, diese auszunutzen. Ähnliche Argumente ließen sich für die Arbeit mit politischen Parteien und Parteienfamilien anführen. Diese demokratiepolitische Basisarbeit findet bereits vielerorts statt, doch sollte sie im Angesicht des autoritären Internationalismus auch von der Bundesregierung wieder stärker in den Fokus gerückt werden.

Die Bundesregierung sollte eine Netzwerkplattform bereitstellen.

---

Eine stärkere thematische Verknüpfung zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren scheint geboten.

---

#### 4. Mehr Partnerschaften für die Demokratieförderung

Der Schutz und die Förderung der Zivilgesellschaften in aller Welt wäre eine Aufgabe, die die Kapazitäten der Bundesrepublik allein bei Weitem übersteigen würde. Die Bundesregierung und ihre Durchführungsorganisationen sollten daher verstärkt darüber nachdenken, wie sie effektive Partner für die Demokratieförderung gewinnen können – vor allem aus anderen Weltregionen, in denen die Erosion demokratischer Standards weiter fortgeschritten ist.

Im Rahmen von Demokratiepartnerschaften kann ein solcher Wissenstransfer in der Demokratieförderung gelingen: Hierbei würde Deutschland die Finanzierung und die thematische Gestaltung übernehmen und mit einem Partnerstaat, der die Umsetzung vor Ort durch eigene Mittler und Kooperationspartner begleitet, in einem Drittstaat demokratieorientierte Akteure fördern. Eine solche Zusammenarbeit wäre zielorientiert (Drittland) und würde der Professionalisierung (Partnerstaat) und Entlastung (Geberland) der deutschen Demokratieförderung dienen. Deutschland könnte so also die Lasten der Demokratieförderung auf mehrere Schultern verteilen und neue *stakeholder* für die internationale demokratische Ordnung heranziehen. Demokratieförderung kann darüber hinaus mehr Legitimation genießen, wenn sie von regionalen Partnerstaaten und nicht von westlichen Staaten wie Deutschland durchgeführt wird – etwa wenn sie aus derselben Region stammen, dieselbe Kultur besitzen und dieselbe Sprache sprechen, mit der sie in ihren Ländern ähnliche Probleme bearbeiten.

Drei Gruppen von Partnern bieten sich hier an: Dies wären *erstens* demokratische Gestaltungsmächte, mit denen Deutschland schon lange in vielen Politikbereichen zusammenarbeitet und die in ihrer Weltregion über große Handlungs- und Gestaltungsmacht verfügen (z.B. Mexiko, Südafrika, Malaysia, Marokko, Argentinien); *zweitens* demokratische Champions, also Staaten, die in ihren Weltregionen als Leuchttürme der Demokratie gelten und daher einen eigenen Erfahrungsschatz haben, der für ihre Region von Interesse ist (z.B. Uruguay, Tunesien, Mongolei); *drittens* wären dies Akteure der zivilgesellschaftlichen Avantgarde in Partnerstaaten wie auch in Zielländern der Förderung, die aufgrund ihrer Vorbildfunktion, Expertise und Gestaltungsmacht zu Mittlerorganisationen der Demokratieförderung erhoben und entsprechend finanziell ausgestattet und trainiert werden sollten.

Eine engere Zusammenarbeit zwischen Deutschland, NGOs und Partnerländern scheint sinnvoll.



## Impressum

### Die Autorinnen und Autoren

Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung  
Informationen unter [www.kas.de/jungeaussenpolitiker](http://www.kas.de/jungeaussenpolitiker)

#### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

##### Daniela Braun

Referentin Außen- und Sicherheitspolitik  
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
T: +49 30 / 26 996-3399  
[daniela.braun@kas.de](mailto:daniela.braun@kas.de)

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2018, Sankt Augustin/Berlin  
Gestaltung: yellow too Pasiek Horntrich GbR  
Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Druck: copy print Kopie & Druck GmbH, Berlin  
Printed in Germany.  
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-504-8



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite  
© nutthaseth, fotolia